



Geschäftsführung Verkehrsausschuss

Ansprechpartner/in: Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax: (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 29.09.2008

Niederschrift

über die **39. Sitzung (7. Sondersitzung) des Verkehrsausschusses** in der Wahlperiode 2004/2009 am Donnerstag, dem 25.09.2008, 13:03 Uhr bis 13:22 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Heinrich Böll Saal (Raum-Nr. B 120)

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

Herr Karsten Möring CDU

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Johannes-Werner Hamm CDU

Herr Markus Hock CDU

Frau Gisela Manderla CDU

Herr Götz Bacher SPD (für RM Walter)

Herr Peter Kron SPD

Herr Wendel Mispelkamp SPD

Frau Susana dos Santos Herrmann SPD (für RM Ciesla-Baier)

Frau Dr. Sabine Müller Grüne

Frau Bettina Tull Grüne

Frau Christtraut Kirchmeyer FDP

Mitglieder mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 Satz 7-12 GO NRW

Herr Bernd Schöppe pro Köln (für SE Schiele; ab 13.12 Uhr)

Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Herr Ferdinand Schmitz auf Vorschlag der CDU

Frau Helga Schlapka auf Vorschlag der SPD

Sachkundige Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Dieter Pannecke

Herr Bernd Fahlenbock

Verwaltung

Herr Jörg Bambeck

Dezernat für Stadtentwicklung, Planen und Bauen
Amt für Straßen und Verkehrstechnik

Herr Christian Burek

Amt für Stadtentwicklung und Statistik

Herr Christian Dörkes

Amt für Straßen und Verkehrstechnik

Herr Frank Jusen

Amt für Brücken und Stadtbahnbau

Herr Gerd Neweling

Dezernat für Stadtentwicklung, Planen und Bauen

Herr Beigeordneter Bernd Streitberger

Schriftführer/in

Frau Angela Krause

Dezernat für Stadtentwicklung, Planen und Bauen

Gäste

Herr Gunther Höhn

KVB AG

Herr Detlef Kábbe

KVB AG

Herr Rolf Pabst

KVB AG

Herr Walter Reinartz

KVB AG

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Herr Horst Noack

auf Vorschlag der SPD

Herr Hans-Peter Vietzke

auf Vorschlag der Grünen

Herr Hans Edgar Preckel

auf Vorschlag der FDP

Ausschussvorsitzender Möring eröffnet die 39. Sitzung (7.Sondersitzung) des Verkehrsausschusses in dieser Wahlperiode und begrüßt die Anwesenden. Er weist darauf hin, dass folgende Unterlagen als **Tischvorlagen** verteilt wurden

Protokollauszüge aus den Sitzungen

- des Verkehrsausschusses am 18.09.2008
- der Bezirksvertretung Rodenkirchen am 22.09.2008 und
- der Bezirksvertretung Innenstadt am 23.09.2008

zum TOP

5.1. Nord-Süd Stadtbahn, 2.Baustufe

Vorlage der Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung sowie Beschluss zur weiteren Vorgehensweise

4037/2008

zurückgestellter TOP 5.2 aus der Sitzung am 18.09.2008

Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 25. September 2008

AN/1929/2008

und die Tagesordnung im Übrigen unverändert geblieben sei. Der Ausschuss ist mit dieser einverstanden; es ergeht demnach folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

- 1 Anfragen nach § 4 der GeschO des Rates**
--
- 2 Anträge gemäß § 3 der GeschO des Rates**
--
- 3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
--
- 4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**
--
- 5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
 - 5.1 Nord-Süd Stadtbahn, 2.Baustufe
Vorlage der Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung sowie Beschluss zur weiteren Vorgehensweise
4037/2008
Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 25. September 2008
AN/1929/2008
- 6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
--
- 7 Mitteilungen der Verwaltung**
--
- 8 Mündliche Anfragen**
--

II. Nichtöffentlicher Teil

9 Anfragen nach § 4 der GeschO des Rates

--

10 Anträge gemäß § 3 der GeschO des Rates

--

11 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

--

12 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

--

13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

13.1 Nord-Süd Stadtbahn, 1. Baustufe, Vermarktung der zukünftigen Bahnsteigebene Ost-West
4073/2008

14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

--

15 Mitteilungen der Verwaltung

--

16 Mündliche Anfragen

--

I. Öffentlicher Teil

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

--

1 Anfragen nach § 4 der GeschO des Rates

--

2 Anträge gemäß § 3 der GeschO des Rates

--

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

--

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

--

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

5.1 Nord-Süd Stadtbahn, 2.Baustufe Vorlage der Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung sowie Beschluss zur weiteren Vorgehensweise 4037/2008

Ausschussvorsitzender Möring verweist eingangs auf die als Tischvorlagen verteilten Beschlüsse der Bezirksvertretungen Innenstadt und Rodenkirchen sowie den korrigierten Änderungsantrag der CDU-Fraktion (*vgl. hierzu Anlage 1 zur Niederschrift*).

BG Streitberger ergänzt, dass darüber hinaus allen Fraktionen und der Verwaltung ein Schreiben von Anwohnern des Agrippinaufers zugegangen sei, in dem diese bei einer Beschlussfassung für den sechsspurigen Ausbau Klage ankündigen.

Für die CDU-Fraktion weist RM Hock darauf hin, dass die Voten der beiden Bezirksvertretungen auf eine Tunnellösung – mit leicht unterschiedlicher Begründung und Nuancen – hinauslaufen und eine Aufweitung der Rheinuferstraße demnach nicht gewollt sei. Er bitte daher um Zustimmung zum eingereichten Ersetzungsantrag seiner Fraktion. Sollte diesem nicht gefolgt werden, beantrage er vorsorglich die weitere Beratung dieses Antrages in der anschließenden Ratssitzung.

RM Kron macht seitens der SPD-Fraktion deutlich, dass der Regelungsbedarf für die Kreuzung der Stadtbahn mit der Rheinuferstraße seit geraumer Zeit bekannt sei. Die Verwaltungsvorlage sehe nun die Aufweitung der Rheinuferstraße vor und folge somit dem umfassenden Gutachten, dessen Zahlen für seine Fraktion nachvollziehbar seien. Dem auch in den Medien verbreiteten Argument, die Nord-Süd Stadtbahn koste 1 Milliarde €, insofern

könne auch 60 bis 80 Mio. € in den Bau eines Tunnel investiert werden, könne er in keiner Weise folgen. Wesentlich sinnvoller sei aus seiner Sicht, Mittel für die ÖPNV-Maßnahmen Verlängerung der Linien 3, 5 und 7 aufzubringen. Die SPD-Fraktion werde aus diesen Gründen die Verwaltungsvorlage unterstützen.

RM Tull verweist für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf die bereits in der vergangenen Sitzung geführten Diskussionen. Die Sachlage habe sich bis zur heutigen Sitzung nicht geändert; insofern halte ihre Fraktion an der Auffassung, dass vor der Schaffung von städtebaulichen Schandflecken die weitere Entwicklung abgewartet werden sollte, fest. Das Votum ihrer Bezirkskollegen schätze sie im Übrigen als Taktik zur Verhinderung beider Maßnahmen – Aufweitung und Tunnel - ein. Ihre Fraktion werde heute weder dem Antrag der CDU-Fraktion noch der Verwaltungsvorlage zustimmen.

Seitens der FDP-Fraktion legt RM Kirchmeyer dar, dass ihre Fraktion intensiv über die Voten der Bezirksvertretungen beraten habe. Letztendlich halte sie die Argumentation des Gutachtens für eine Aufweitung für nicht überzeugend genug. Ihre Fraktion werde daher den Voten der Bezirke und auch dem CDU-Antrag folgen. Abschließend bitte sie noch um Mitteilung, mit welchen Kosten bei einer Beschlussfassung zur Aufweitung der Rheinuferstraße zu rechnen sei.

RM Tull bittet um Konkretisierung des CDU-Antrages bzw. des Beschlusses der Bezirksvertretung Rodenkirchen und zudem um Mitteilung, ob zur Realisierung des Verwaltungsvorschlages noch ein Baubeschluss erforderlich sei.

BG Streitberger bestätigt, dass es sich hier zunächst um den Planungsbeschluss handele. Die Kosten für den Straßenausbau könne er mit ca. 4,3 Mio. € beziffern. Bei dieser Maßnahme müssen zwar Bäume gefällt werden; im Gegensatz zur Tunnellösung können jedoch Ersatzpflanzungen vorgenommen werden.

Zur weiteren Fragestellung des RM Tull stellt Ausschussvorsitzender Möring klar, dass die Intention der BV Rodenkirchen die „große Tunnellösung“ mit Deckel, Begrünung und Grünübergang bis zum Rhein sei.

Abschließend stellt Ausschussvorsitzender Möring den weitergehenden Antrag der CDU-Fraktion und im Anschluss die Verwaltungsvorlage zur Abstimmung.

Antrag der CDU-Fraktion:

Der Verkehrsausschuss nimmt das vorliegende Gutachten zur Kenntnis.

Um eine spätere Tieferlegung der Fahrbahn nicht auszuschließen, sollen bei der Vergabe der Bauleistungen für die 2. Baustufe die baulichen Vorleistungen für eine mögliche Tieferlegung der Straße im Bereich der Stadtbahnquerung berücksichtigt werden.

Die Bezirksvertretungen 1 und 2 haben sich mit leicht unterschiedlichen Begründungen für die Tunnelvariante ausgesprochen. Deshalb wird die Verwaltung beauftragt, diese Variante unter Berücksichtigung der Anregungen aus der BV 2 planerisch weiterzuverfolgen und die Finanzierung unter Einbeziehung zu erwartender Zuschüsse sicherzustellen.

In diesem Rahmen soll die Verwaltung auch eine Simulation der künftigen Verkehrsentwicklung in der Kombination ÖPNV und IV durchführen. Die Ergebnisse sind dem Verkehrsausschuss vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**

Verwaltungsvorlage:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt das Verkehrsgutachten zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung die dort vorgeschlagene Ausbauvariante 2 – sechsstreifiger Ausbau der Rheinuferstraße zwischen Schönhauser Straße und Ubierring – weiterzuverfolgen.

Auf bauliche Vorleistungen für eine mögliche Tieferlegung der Straße im Bereich der Stadtbahnquerung wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der FDP-Fraktion **abgelehnt**

Ausschussvorsitzender Möring stellt fest, dass somit kein Beschluss gefasst wurde und die weitere und abschließende Beratung in der anschließenden Ratssitzung erfolgen müsse.

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

--

7 Mitteilungen der Verwaltung

--

8 Mündliche Anfragen

--

- Ende des öffentlichen Teils -